

Wortbeitrag von Stefan Auchter, Vize-Präsident Trinationaler Atomschutzverband (TRAS)

Auch in der Schweiz wird über die Zukunft der Energieversorgung diskutiert. Während die Bevölkerung mehrheitlich für den Ausbau erneuerbarer Stromversorgung stimmt, lässt die Atomaufsichtsbehörde immer längere Laufzeiten der Atomkraftwerke zu und schreckt dafür nicht davor zurück, Sicherheitsbestimmungen abzuschwächen, um längere Laufzeiten zu ermöglichen. Was davon aus deutscher Sicht zu halten ist, zeigt diese Studie in deutlicher Weise auf.

Für den Trinationalen Atomschutzverband TRAS, dessen Mitglieder Privatpersonen und NGOs, aber auch Städte und Gemeinden sind, zeigt die Studie vor allem eines: Das Risiko wird systematisch und dramatisch unterschätzt. Die Städte und Gemeinden werden nicht einmal annähernd adäquat auf die Szenarien vorbereitet.

Baden-Württemberg und Süddeutschland sind besonders gefährdet und müssten je nach Wetterverhältnissen die Hauptlast der Unfallfolgen tragen. Städte und Gemeinden wären mit den nötigen Maßnahmen jedoch völlig überfordert. Wer die teils chaotischen Szenen an ganz normalen Schultagen kennt, wenn Eltern ihre Kinder per «Elterntaxi» in die Schule bringen, mag sich gar nicht vorstellen, wie sich die Situation präsentiert, wenn Panik ins Spiel kommt – wenn Großstädte wie Freiburg oder gar Stuttgart innerhalb kürzester Zeit evakuiert werden müssen.

Der TRAS fordert daher von der Landesregierung Baden-Württembergs und der deutschen Bundesregierung, die Bedrohung ernst zu nehmen und darauf hinzuwirken, dass der Überzeitbetrieb, d.h. der Betrieb über die einst projektierten Laufzeiten hinaus, in naher Zukunft verbindlich beendet wird. Mit dem Alter der Schweizer Atomanlagen steigt auch das Risiko eines großen Unfalls. Die Katastrophenschutzpläne müssen deshalb detailliert ausgearbeitet werden und entsprechend den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission nach den Erfahrungen des Unglücks von Fukushima angepasst werden. Die Bevölkerung muss regelmäßig über die Szenarien, Risiken und Schutzmaßnahmen informiert werden. Wo die Laufzeiten der Schweizer Atomkraftwerke verlängert werden, müssen in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Einbezug der Anwohnenden stattfinden. Wir fordern von den zuständigen Behörden, darauf hinzuwirken, dass die Schweiz sich an ihre Verpflichtungen hält.

Stefan Auchter, Vizepräsident TRAS

Es gilt das gesprochene Wort.